

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Karsten Hilse, Dr. Heiko Wildberg,
Dr. Rainer Kraft, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/22009 –**

Vorteile der Klimaerwärmung

Vorbemerkung der Fragesteller

Aufgrund der von der Bundesregierung vorgetragenen, aber wissenschaftlich umstrittenen, aus Sicht der Bundesregierung jetzt schon erkennbaren, notstandsähnlichen Klimaauswirkungen (Plenarprotokoll 19/157, S. 19428, <http://www.bmz.de/de/themen/klimaschutz/Klimarisikomanagement/index.html>) wurden verschiedene Gesetze erlassen, deren Verfassungsmäßigkeit umstritten ist (Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014, BGBl. I S. 1066, das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. November 2019, BGBl. I S. 1719, geändert worden ist – https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/BJNR106610014.html, <https://www.manager-magazin.de/politik/meinungen/oekostrom-foerderung-haengt-von-politischen-kniffen-bei-eeg-ab-a-1044144.html>; Brennstoffemissionshandelsgesetz vom 12. Dezember 2019, BGBl. I S. 2728 – <http://www.gesetze-im-internet.de/behg/> https://www.welt.de/print/die_welt/finanzen/article203486048/Gutachten-stufen-Klimapaket-als-verfassungswidrig-ein.html). Dabei soll es nicht bleiben. Die Fragesteller haben den Eindruck, dass die Bundesregierung die Bürger dazu bringen will, unter anderem auf Flugreisen, auf Kreuzfahrten, auf das Autofahren oder auf fleischhaltige Ernährung zu verzichten oder all dies signifikant einzuschränken. Industriezweige von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung wie die Automobilherstellung, die Energiewirtschaft und die Landwirtschaft sollen radikal umgestaltet werden (Klimaschutzplan 2050 – Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung vom 18. November 2016 auf Bundestagsdrucksache 18/10370, <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/klimaschutzplan-2050-spd-verbietet-bohnen/>). Die Fragesteller gehen davon aus, dass die Folgen in vielen Bereichen unumkehrbar sein werden, mindestens erscheinen sie unkalulierbar.

Ausgehend von der Annahme, eine menschengemachte Klimaerwärmung sei erwiesen und menschliches Reaktionshandeln darauf geboten, muss nach Ansicht der Fragesteller – vernunftgeleitet – erörtert werden: Welche Folgen ergeben sich aus dieser Erkenntnis und mit welchen möglichen Maßnahmen kann einer schädlichen Klimaerwärmung mit Aussicht auf Erfolg entgegengewirkt werden? Weiter muss nach Ansicht der Fragesteller abgewogen werden, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen in Summe mehr nutzen als schaden. Der einschneidende Umbau der wesentlichen Strukturen eines ganzen Landes kann nach Ansicht der Fragesteller nur insoweit gerechtfertigt sein, als alle diese

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vom 14. September 2020 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Fragenkomplexe eindeutig beantwortet sind. Alles andere verbietet sich nach Ansicht der Fragesteller schon aus ethisch-moralischen Gründen, denn zu viele Existenzen hängen daran. Gerade im Sinne des Vorsorgeprinzips dürfen funktionierende Strukturen nach Ansicht der Fragesteller nicht für Ungewisses geopfert werden.

Seit jeher hat sich die Menschheit an Umweltbedingungen angepasst. Menschen leben daher heute in praktisch allen Klimazonen, ausgenommen einiger polarer Kernregionen. In Thailand liegt beispielsweise die Durchschnittstemperatur von rund 25 °C faktisch um etwa 15 °C höher als in Deutschland (<https://climateknowledgeportal.worldbank.org/>). Gleichwohl gibt es dort weder Wüstenbildung noch Versteppung. Im Gegenteil sind dort mehrere Ernten im Laufe eines Jahres möglich.

Flora und Fauna der Erde sind nach allen vorliegenden Erkenntnissen auch bei den historisch höchsten festgestellten CO₂-Konzentrationen der Klimavergangenheit niemals zu Schaden gekommen (<https://www.eike-klima-energie.eu/2019/06/12/die-positiven-auswirkungen-der-menschlichen-co2-emissionen-auf-das-ueberleben-des-lebens-auf-der-erde/>). Im Gegenteil: Insbesondere bei hohen CO₂-Werten zeigten erdgeschichtliche Warmzeiten sich stets als die artenreichsten (<https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimawandel-steigende-temperaturen-foerdern-artenvielfalt-a-853774.html>). Warmperioden waren zugleich stets kulturelle Blütezeiten. In Kaltzeiten lassen sich demgegenüber Völkerwanderungen, Hunger und Seuchen feststellen (https://www.achgut.com/artikel/kleine_inspektion_am_klimadampfer, <http://lv-twk.oekosys.tu-berlin.de/project/lv-twk/002-klimageschichte-kleiner%20ueberblick.htm>). In der starken Warmperiode vor 6 500 Jahren wurden in Mesopotamien der Pflug, das Rad, Bewässerungssysteme und die Schrift erfunden (ebd.).

Auch der aktuelle CO₂-Anstieg hat zu einem zusätzlichen Ergrünen der Erde auf einer Fläche geführt (<https://www.nasa.gov/feature/goddard/2016/carbon-dioxide-fertilization-greening-earth>), die in ihrem Umfang der doppelten Größe der USA entspricht (<https://www.thegwpf.org/matt-ridley-global-warming-versus-global-greening/>). Neben diesem Düngeeffekt (<https://www.nasa.gov/feature/goddard/2016/carbon-dioxide-fertilization-greening-earth>) des zusätzlichen Kohlendioxids führt die Erwärmung zu einer Verlängerung der Vegetationsperioden und einer Ausweitung der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen (<https://www.newscientist.com/article/dn2811-africas-deserts-are-in-spectacular-retreat/>). Dies gilt insbesondere in den nördlichen Breiten, aber auch die südliche Grenze der Sahara (ebd.) hat sich seit mehr als dreißig Jahren immer weiter zurückgezogen.

Seit 1990, also parallel zur laufenden Klimadebatte (der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen – IPCC – wurde 1988 gegründet) und in der aktuellen Warmperiode, hat sich der Anteil der Armen weltweit nach Angaben der Weltbank mehr als halbiert (<https://ourworldindata.org/extreme-poverty>). Auch der Anteil der unterernährten Menschen ist in diesem Zeitraum global um fast die Hälfte gesunken (<https://ourworldindata.org/hunger-and-underrnourishment>). Hunderte von wissenschaftlichen Publikationen (<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0378377483900756>) haben den Zusammenhang zwischen höheren Kohlendioxidkonzentrationen in der Luft, der markanten Steigerung globaler Ernteerträge (<https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0378377483900756>) und dem dramatischen Rückgang globaler Armut dokumentiert.

1. Was spricht nach Auffassung der Bundesregierung dagegen, dass Menschen sich wie in der Vergangenheit dem jeweiligen Klimawandel anpassen, was den Schutz vor potentiellen Gefährdungen ebenso beinhaltet wie die Nutzung entstehender Vorteile?

Der Klimawandel verändert unsere Umwelt und wird auch unser Leben in Deutschland verändern. Er hat unter anderem Einfluss auf unser Wohnen, Ar-

beiten und unsere Gesundheit. An diese Veränderungen müssen wir uns anpassen.

Der gegenwärtige, menschengemachte Klimawandel ist beispiellos in der Menschheitsgeschichte. Die derzeitige globale Erwärmung vollzieht sich viel schneller als in früheren Erwärmungsphasen, die auf natürliche Antriebe wie Sonne, Vulkane sowie Schwankungen der internen Dynamik zurückzuführen waren. Geschwindigkeit und Dimension des menschengemachten Klimawandels unterscheiden sich von den Bedingungen, mit denen die menschliche Zivilisation in der Vergangenheit konfrontiert war. Bei zunehmender Erwärmung steigen die klimawandelbedingten Risiken für natürliche und menschliche Systeme weiter an. Einige dieser Risiken werden auf einen bestimmten Sektor oder eine Region begrenzt sein. Selbst bei umfassenden Anpassungsmaßnahmen, Verbesserung von Katastrophenvorsorge und Risikomanagements wären viele dieser Risiken unausweichlich, besonders bei größeren Geschwindigkeiten und Ausmaßen des Klimawandels. Für Menschen, die von den negativen Folgen der globalen Erwärmung wie z. B. Dürren besonders betroffen sind, vor allem in Entwicklungsländern, ist Migration eine gängige Anpassungsstrategie.

Der IPCC geht bei Bilanzierung der Auswirkungen des Klimawandels davon aus, dass die Folgen für fast alle Menschen und für die Welt insgesamt deutlich negativ sein werden, und das zunehmend mit dem Voranschreiten des Klimawandels. Bei weiterer Erwärmung könnten Kippelemente im Klimasystem erreicht oder überschritten werden, die durch menschliche Eingriffe nicht mehr zu stoppen wären und deren globale, zum Teil schwerwiegende, Folgen für das Wohlergehen der Menschheit potentiell nicht mehr kontrollierbar wären, wie zum Beispiel ein Anstieg des Meeresspiegels um mehrere Meter.

Die internationale Staatengemeinschaft hat mit dem Übereinkommen von Paris daher eine weltweite Transformation eingeleitet, um die Risiken des Klimawandels zu mindern und eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

Die Bundesregierung widmet sich entsprechend mit der Ausrichtung ihrer Klimapolitik sowohl den Ursachen des Klimawandels als auch den nicht mehr vermeidbaren Folgen der Klimaänderung. Daher werden sowohl die Reduktion von Treibhausgasemissionen als auch die Anpassung an den Klimawandel adressiert, auch bei der Unterstützung der durch den Klimawandel besonders betroffenen Entwicklungsländer.

2. Welche der Vorteile der Klimaerwärmung, wie vermehrtes Pflanzenwachstum, längere Vegetationsperioden oder höhere Biodiversität (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) hat die Bundesregierung bislang in ihre Abwägungen einbezogen, und wie gewichtet sie diese im Verhältnis zu ihren Bestrebungen, der Klimaerwärmung zu begegnen?

Laut dem Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderung (IPCC) sind die Vorteile eines zunehmenden Klimawandels gegenüber den Nachteilen zu vernachlässigen, siehe auch die Antwort zu Frage 1. Die zu erwartenden Schäden für natürliche und menschliche Systeme steigen mit Ausmaß und Geschwindigkeit der globalen Erwärmung.

3. Kann die Bundesregierung ausschließen, dass der von ihr politisch induzierte „Klimaschutz“ ökonomisch und gesellschaftlich mehr Schaden anrichtet, als es ein Klimawandel je könnte?

Aufgrund der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse hält die Bundesregierung dies für ausgeschlossen. Auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 wird verwiesen.

4. Hält die Bundesregierung es für ausgeschlossen, dass der Klimawandel mitsamt menschlichen Anpassungsmaßnahmen an veränderte Bedingungen die Lebensumstände vieler Menschen ganz erheblich verbessert?

Der IPCC weist in seinen letzten Berichten (2018, 2019) darauf hin, dass bereits heute, bei etwa 1°C globaler Erwärmung an vielen Orten deutliche Auswirkungen der Klimaänderung zu beobachten sind. Je stärker der Klimawandel, desto gravierender die Folgen, desto aufwendiger die notwendigen Anpassungsmaßnahmen und desto mehr Grenzen der Anpassungsfähigkeit werden überschritten.

Entsprechend der wissenschaftlich belegten Risiken des menschengemachten Klimawandels, kann ausgeschlossen werden, dass der Klimawandel die Lebensumstände vieler Menschen verbessert, wie bereits in den Antworten zu den Fragen 1 und 2 dargestellt.

5. Hält die Bundesregierung es im ethischen und verfassungsrechtlichen Sinne für verhältnismäßig, die gewachsenen organisatorischen Strukturen einer gesamten Gesellschaft aufgrund einer bislang weder empirisch erhärteten, noch gar verbindlich bewiesenen Modellhypothese (<https://www.desmogblog.com/sites/beta.desmogblog.com/files/Inhofe%20Senate%20Minority%20Report.pdf>, https://www.cato.org/sites/cato.org/files/pubs/pdf/climatead_chicagotrib_rev.pdf, <https://business.financialpost.com/opinion/open-climate-letter-to-un-secretary-general-current-scientific-knowledge-does-not-substantiate-ban-ki-moon-assertions-on-weather-and-climate-say-125-scientists>, <https://fusion4freedom.com/pdfs/lindzenletter.pdf>, <https://climate.nl/wp-content/uploads/2019/09/ED-brochureversieNWA4.pdf>) wesentlich umzubauen, wenn die Folgen dieses Umbaus für gegenwärtige und künftige Generationen ihrerseits nicht verlässlich abschätzbar sind?

Es ist zweifelsfrei nachgewiesen, dass der aktuelle Klimawandel auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist. Auf die Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Fraktion der AfD zu diesem Thema auf Bundestagsdrucksachen 19/20928 und 19/12631 wird verwiesen.

Angesichts der mit dem Klimawandel verbundenen und drohenden Schäden auch für Leib, Leben und Eigentum wäre es eine Verletzung der Schutzpflichten des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, weder Maßnahmen zur Verringerung des Klimawandelrisikos noch Maßnahmen zur Anpassung an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels vorzunehmen.